

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

1036 Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen und in allen Buchhandlungen erhältlich

2. Jahrgang Mittwoch, den 1. Dezember 1926 Nummer 268

Gegen Koalitionsfischerei!

Erklärung der Kommunisten zur Wahl des Ministerpräsidenten

In der gestrigen Sitzung des Sächsischen Landtages sollte die Wahl des Ministerpräsidenten erfolgen. Um Zeit zu gewinnen, den Schacher zur Bildung einer Koalitionsregierung in Ruhe forschen zu können, gestatteten die bürgerlichen Parteien den ersten Wahlgang ergebnislos. Die einzelnen Koalitionen schlugen ihre Vorsitzenden als Kandidaten für den Ministerpräsidenten vor. Für den Vorschlag der SPD, Hermann Fleißner, stimmten nur die Kommunisten und Sozialdemokraten. Fleißner erhielt 14 Stimmen. Die bürgerlichen Stimmen entfielen auf Blüher, Kaiser, Wirth, Feidt und v. Müde. Da jedoch kein Wahlvorschlag die unbedingte Mehrheit von 48 Stimmen erreichte, war der erste Wahlgang erfolglos. Die Bemühungen der Bürgerlichen, mit den Sozialisten zu einer bürgerlichen Koalitionsregierung zu kommen, werden jetzt fortgesetzt. Der Eintritt in die Wahlhandlung gab die KPD-Fraktion durch den Abgeordneten Siebert folgende Erklärung ab:

Die Kommunistische Partei wird gemäß den Beschlüssen ihrer Zentralkomitees und ihres Landesvorstandes und auf Grund der im Wahlaufsatz der KPD enthaltenen Forderungen für den sozialdemokratischen Ministerpräsidentenkandidaten kämpfen.

Zur Begründung ihrer Stellungnahme erklärt die kommunistische Fraktion vor der Arbeiterklasse:

Die von uns angetragene Partei führt den Kampf der Arbeiterklasse um ihre Befreiung von der kapitalistischen Ausbeutung, um den Sozialismus. Dieser Kampf kann erfolgreich geführt werden nur nach dem von Marx und Lenin gegebenen Lehren zur Eroberung der politischen Macht, zum Sturz der bürgerlichen Herrschaft. Dieses Ziel ist nicht zu erreichen auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie. Die bürgerliche Demokratie ist ebenso der Feind der Arbeiterklasse wie jeder andere Staat, dessen Grundlage die kapitalistische Produktionsweise und die Herrschaft der Bourgeoisie ist. Der Weg zur Herrschaft der Arbeiterklasse führt nur über den Sturz des bürgerlichen Staates und die Errichtung der proletarischen Diktatur. In diesem Sinne kämpft die Kommunistische Partei mit allen Mitteln gegen das herrschende System. Auch die Beteiligung am Parlamentarismus ist für die Kommunisten nur Mittel zum Zweck der Förderung des Kampfes der Arbeiterklasse sowie aller Werktätigen unter der Demaskierung des Parlamentarismus als Instrument der bürgerlichen Klassenherrschaft. In dieser grundsätzlichen Abgrenzung unterscheiden sich die Kommunisten von den Sozialdemokraten, welche die betrügerische Illusion in der Arbeiterklasse verbreiten, daß es möglich sei, mit dem Parlamentarismus die politische Macht zu erobern.

Wenn im Parlament bestimmte Forderungen der Arbeiterklasse zum Gesetz erhoben werden, dann ist das nur ein Auswand für das Anwachsen der Kräfte des Proletariats. Jeder parlamentarische Erfolg der Arbeiterklasse kann nur das Ergebnis ihres politischen und militärischen Kampfes außerhalb des Parlamentes sein.

Jeder Schritt, den eine sozialdemokratische Minderheitsregierung gegen die Kapitalisten und die Reaktion unternimmt, wird von den Kommunisten unterstützt werden. Ebenso werden jedoch die Kommunisten jede Verletzung der Arbeiterinteressen

durch eine solche Regierung rücksichtslos bekämpfen. Die Führer der sächsischen Sozialdemokratie haben im Jahre 1923 den Angriff der Reaktion gegen die Arbeiterklasse unterstützt und mitgeholfen, daß die Arbeiter niedergeschlagen wurden; auch nach der Trennung von den Sozialisten haben sie durch ihr grundlegendes Einverständnis mit der Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik durch ihre arbeitserfindliche Stellungnahme zu den Fragen des Kampfes gegen die Auswirkungen der imperialistischen Rationalisierung, der Arbeitslosigkeit und der Forderungen der Gewerkschaften bewiesen, daß sie noch vor gewillt sind, jedem ernsthaften Kampf der Arbeiterklasse auszuweichen, ihn zu sabotieren und zu verraten. Deshalb ist die Stimmgabe der KPD für den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten nicht alleinbedeutend mit der Verpflichtung, die sozialdemokratische Minderheitsregierung zu unterstützen. Die KPD macht ihr Verhalten abhängig von der jeweiligen Situation und den Handlungen der Regierung. Falls es zur Wahl des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten kommt, wird die KPD ihre Stellung zur sozialdemokratischen Minderheitsregierung auf Grund der Regierungserklärung eingehend vor der Arbeiterklasse feststellen.

Die Kommunistische Partei erklärt, daß auch im Falle der Bildung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung sie den Kampf gegen die arbeitserfindliche Politik der sozialdemokratischen Führer unter den breiten Massen mit allen gebotenen Mitteln führen wird. Durch die Wahl eines sozialdemokratischen Ministerpräsidenten gibt die Kommunistische Partei den sozialdemokratischen Führern nochmals Gelegenheit, den wahren Charakter ihrer Politik vor den breiten Massen zu enthüllen.

Gegen die Bildung einer offenen oder verhehlten Regierung des Bürgerblocks sowie gegen jede andere Koalition, auch gegen eine Koalition zwischen Sozialdemokraten und USPD werden die Kommunisten die Massen zum schärfsten Kampf mit dem Ziele des Sturzes der Regierung und der Auflösung dieses reaktionären Landtages mobilisieren.

Diese Gesichtspunkte sind für die KPD bestimmend bei der Stimmgabe für den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten.

Der Kongreß der proletarischen Einheitsfront

Von R. T. (Berlin.)

Ende dieser Woche tagen in Berlin zwei Kongresse, deren für die Entwicklung der proletarischen Einheitsfront in Deutschland außerordentliche Bedeutung zukommt: Die Reichskonferenz der Gewerkschaften und der Kongreß der Werktätigen. Beide Kongresse sind ein einheitliches Ganzes. Dies kommt in organisatorischer und in politischer Hinsicht zum Ausdruck. Die Delegierten der Reichskonferenz der Gewerkschaften wurden gleichzeitig als Delegierte zum Kongreß der Werktätigen gewählt und nehmen auch an diesem mit beschließender Stimme teil. Der leitende Gedanke in den Kämpfen der proletarischen Massen in Deutschland ist der, der Einheit der Interessen und der Kämpfe kämpfe sowohl der Arbeitenden als der Gewerkschaften. Deshalb wird die Konferenz der Gewerkschaften ihre Arbeit von den Gesichtspunkten der gesamten deutschen Arbeiterklasse leiten lassen, und der Kongreß der Werktätigen wird als eine seiner wichtigsten Aufgaben die konkrete Verbindung aller Kämpfe der Gewerkschaften mit denen der Betriebsarbeiter zu lösen haben.

Schon jetzt, da die Zahl der Delegierten noch nicht ganz bekannt ist, da noch zahlreiche Betriebe, zahlreiche Organisationen Stellung nehmen und ihre Vertreter wählen, kann gesagt werden, daß die beiden Kongresse gewaltige Demonstrationen des Willens der deutschen Arbeiterklasse zum einheitlichen Kampf und zu den Forderungen der proletarischen Einheitsfront sein werden. Nach vorläufiger Schätzung dürften an der Reichskonferenz der Gewerkschaften etwa 500 bis 600 Delegierte, am Kongreß der Werktätigen 1200 bis 1300 Delegierte anwesend sein. Um diese Zahlen in ihrer politischen Bedeutung beurteilen zu können, muß man zunächst berücksichtigen: erstens den Delegationsmodus, der für einen Delegierten 1000 bis 2000 Wähler reichte, und zweitens die gewaltige finanzielle Aufwendung, die in diesen Delegationskongressen liegt. Jeder Delegierte mußte von seinen Wählern finanziert werden. Der vorbereitende Ausschuss war nicht in der Lage, den Bezirksausschüssen irgendwelche Mittel zur Verfügung zu stellen. Wenn die deutschen Arbeiter trotz gewaltiger Massenarbeitslosigkeit, trotz fehlender Notwendigkeit einen beträchtlichen Kongreß finanzieren, so ist dies ein Zeichen, wie tief die Forderungen der proletarischen Einheitsfront in die Massen gedrungen sind.

Aber nicht nur diese Zahlen, auch die Zusammenfassung des Kongresses spricht eine laute Sprache. Die sozialdemokratischen und Gewerkschaftsführer wollten den Kongreß als „kommunistische Woche“ verzeichnen, als „kommunistischen Parteikongreß“, für den die breiten Massen der Arbeiterklasse kein Interesse haben dürfen. Schon jetzt kann man sagen, daß nur eine Minderheit des Kongresses aus Kommunisten bestehen wird. Seine große Mehrheit wird sich aus Delegierten parteiloser, sozialdemokratischer und sozialdemokratischer Arbeiter zusammensetzen, zahlreiche der großen deutschen Arbeiter-, Sport- und Kulturorganisationen haben ihre Vertreter angemeldet, zahlreiche Kommunen und große Organisationen der kleinen Bauern werden dem Kongreß keinen überparteilichen, den Klassencharakter der proletarischen Einheitsfront entsprechenden Ausdruck geben. Die Zusammenfassung des Kongresses bestätigt die Richtigkeit jener Hauptthesen, mit denen der vorbereitende Ausschuss die Bewegung einleitete und führte: Einheitsfront der ganzen Arbeiterklasse im Kampf um die entscheidenden Forderungen seiner Existenz; Achtstundentag und höhere Löhne; Bündnis des Proletariats mit allen verlassenen Schichten des Volkes, insbesondere mit dem verzweifelten Bauerntum; Fortführung des Kampfes für die restlose Enteignung der Rührten; einheitlicher Kampf gegen die imperialistische Rationalisierung und alle ihre Auswirkungen; Mobilisierung der breiten Massen gegen die imperialistische Politik der deutschen Bourgeoisie und gegen die Krieggefahr.

Die Reichskonferenz der Gewerkschaften ist die erste organisierte Zusammenfassung der Gewerkschaftsbewegung Deutschlands. Sie wird ihre Arbeit nach zwei Hauptgesichtspunkten führen müssen:

Die deutsche Massenerwerbslosigkeit trägt keinen vorübergehenden Charakter, sondern ist eine stehende Erscheinung, die den deutschen Kapitalismus bis zu seiner Zerstörung begleitet wird. Daran ändert auch nichts der Rückgang der Gewerkschaften, dieser in den letzten Monaten, der hauptsächlich auf die Konjunktur der deutschen Industrie infolge des entsetzlichen Bergarbeiterkampfes zurückzuführen ist. Die zweite entscheidende Tatsache ist die Sabotage der Gewerkschaftsbewegung und aller Erwerbslosenforderungen durch die reformistische Bureaucratie. An sich wäre es Aufgabe des KPD, jene Aufgaben zu lösen, die sich die Erwerbslosenkonferenz gestellt hat. Aber der KPD hat auch in der Erwerbslosenfrage die Politik der Großindustrie betriebläufig. Seine Schuld und Verantwortlichkeit ist es, wenn die Zahl der Ausgesetzten, jener, die nach vielen Monaten Erwerbslosigkeit jeglichen Anspruch auf Unterstützung verlieren, immer größer und größer wird. Seine Schuld ist es, wenn die Bourgeoisie drauf und dran ist, die geachteten Erwerbslosenfürsorge in das Skandalstadium der „Kriegsrente“ und Erwerbslosenversicherung zu verwandeln. Seine Schuld ist es, wenn das Unternehmertum in der Lage ist, erwerbslose Betriebsarbeiter wie Galerienströmlinge zu behandeln. Die erste Reichskonferenz wird sich von dem Verrat und der Sabotage der reformistischen Bureaucratie nicht auf falsche Wege bringen lassen, sie wird seine „Erwerbslosengewerkschaften gründen“, aber sie wird die größten Anstrengungen machen, um die Mitglieder der freien Gewerkschaften zum Kampf für ihre Forderungen, die die Forderungen der gesamten deutschen Arbeiterklasse sind, zu mobilisieren. Die deutschen Erwerbslosen werden zu

Vom Schundgesetz zur Koalition?

Insdem gestern die KPD-Regierung bei der Abstimmung über das Schund- und Schmutzgesetz in der Minderheit blieb, nachdem die Paragraphen 2 und 3 abgelehnt worden waren, hat die Regierung neue Verhandlungen begonnen, die das Ziel haben die Annahme ihres Schundgesetzes doch noch zu ermöglichen. Das Reichskabinett nahm zunächst Stellung, hinterher besprachen sich die Regierungsparteien. Wie das „Berliner Tageblatt“ zu melden weiß, will die Volkspartei eine „Berhandlung“ in der Art haben, daß das Zentrum einem vorkandidierten Antrag zustimmen soll, wonach im Reich drei Prüfkassen für Schund und Schmutz eingesetzt werden. Diese Prüfkassen sollen in Berlin, Leipzig und — wie zu erwarten war — in München ihren Sitz haben. Das „Berliner Tageblatt“ meint zwar noch, daß die Verhandlungen aussichtslos sind, weil die bürgerliche Volkspartei gegen jede Reichspräsidenten- und die demokratische Partei „selbstverständlich“ an der von ihr vorkandidierten einen Reichspräsidenten festhalten würde.

Ach Gott, man kennt das. Die Demokraten sind solange konsequent, bis sie eben doch zugestimmt haben, und wenn auch die Berliner „Börsen Zeitung“ ihren Epithetonartikel zur Reichspräsidentenüberweisung „In die Wollschlucht“ so lehrte doch die Erfahrung, daß das ein großes Gefährte ist, hinter dem wahrlich nichts steht.

Der in der Minderheit gebliebene KPD und seine übrigen Regierungsmitglieder gehen aber noch weiter. Sie wollen auch mit den Sozialdemokraten verhandeln. Der „Vorwärts“ bietet der Regierung die Hand dazu, der in seiner Abendausgabe vom Montag dem ehemaligen preussischen Innen- und Sicherheitsminister Meine das Wort gibt. „Der Rechtsstaat in Gefahr“, rief Meine, um, nachdem er gegen das Gesetz geschrieben hat, festzustellen, daß es „wenn es nicht ganz fällt, durch zwingende Notwendigkeit über das Verbot erzwungen“ werden muß. Er meint damit, daß, nicht wie im Entwurf vorgesehen ist, die Aus-

führungsbestimmungen durch KPD und den Reichsrat erlassen werden, sondern bereits im Gesetz festgelegt werden müssen. Das ist die Grundlage für den Sozialdemokraten Meine für die Zustimmung zum Schund- und Schmutzgesetz des Normal-KPD.

Was aber wichtiger ist, als die Bereitwilligkeit des Sozialdemokraten Meine, ist die Absicht der Regierung, die Sozialdemokraten für die Zustimmung zum Arbeitschutzgesetz zu gewinnen. Darüber berichtet die „Berliner Volkszeitung“. Die Regierungsparteien, Raab, Curtius und Brauns besprachen am Montag abend nach der Plenarsitzung des Reichstages das Arbeitschutzgesetz. Für Dienstag nachmittag war eine Besprechung der Reichsregierung und der Regierungsparteien mit Vertretern der Sozialdemokratie vorgesehen. Das „Abkommen“ der sozialdemokratischen Führer mit der Regierung, wonach sie jedesmal „unterstützt“ werden, ist also in Kraft. „Nach Lage der Dinge erdient es nicht ausgeschlossen, daß sich diese Besprechung auch auf die Frage der Regierungsbildung im Reich überaus auswirken wird.“ schreibt die „Volkszeitung“ und meint dazu: „es wäre erfreulich, wenn man die alles übertragende Frage der Koalitionserweiterung — trotz alledem! — nicht verdrängen ließe! Das Arbeitschutzgesetz bietet den besten Anlaß dazu, die Regierung auf eine dauerhafte, sichere Basis zu stellen.“

Von der „Rettung der Republik vor den Revisionisten“ durch die Sozialdemokratie, über die erst. Zustimmung zum Schund- und Schmutzgesetz, wenn es nicht ganz fällt, bis zu den Besprechungen über die Koalitionserweiterung aus Anlaß des schändlichen Arbeitschutzgesetzes ist ein Weg sozialdemokratischer Politik. Heute noch viel Gehäsel gegen die Reichsregierung, wird morgen die sozialdemokratische Führerschaft lautere Töne schlagen, wenn der Druck der Arbeiterklasse nicht daran hindert, mit fliegenden Fahnen in die Koalition zu gehen.